

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/3

4. Januar 1974

Diese Opposition hat nichts zu bieten!

---

Die sozialliberale Koalition realisiert das Grundgesetz

Von Holger Börner MdB

Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands

Seite 1 und 2 / 62 Zeilen

Im Ölgeschäft ist "Geld gleich Dollar"

---

Anmerkungen zu den Kursprüngen der US-Währung

Seite 3 und 3a / 57 Zeilen

Das "Zwei-Milliarden-Ding" von Hamburg

---

SPD-Landesparteitag befaßt sich mit einzigartigem Stadt-  
planungs-Projekt

Seite 4 und 5 / 64 Zeilen

Hören und Sehen kostet jetzt 10,50 DM

---

Eine notwendig kritische Nachlese zur Gebührendebatte

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Seite 6 und 7 / 63 Zeilen

**Diese Opposition hat nichts zu bieten!**  
-----

**Die sozialliberale Koalition realisiert das Grundgesetz**

Von Holger Börner MdB

Bundeeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das vor uns liegende Jahr 1974 wird, das legen die Ereignisse der letzten Monate nahe, ein Jahr der Neubestimmung. Leider zeigt sich schon jetzt, daß die Opposition zu den Grundlinien einer Neubestimmung bis zur Stunde keinen sachlichen Beitrag geleistet hat und einen solchen auch nicht erwarten läßt. Ich frage Herrn Kohl und Herrn Carstens, was sie sich dabei denken, wenn sie in diesen Tagen versuchen, den Unmut der Bevölkerung über die gestiegenen Ölpreise und die Sorge über die mögliche Arbeitslosigkeit unzumutbar in ein Unbehagen gegenüber der Bundesregierung. Andere Industriestaaten sind von der Energieknappheit stärker betroffen als die Bundesrepublik und haben weit härtere Maßnahmen bis hin zur Strom- und Benzinrationierung ergreifen müssen. Dort werden die Maßnahmen von Bevölkerung und Opposition mitgetragen, während hier die CDU/CSU weiter ihre aus den vergangenen Jahren bekannte Obstruktionspolitik fortsetzt. Sie stellt propagandistische Allgemein-Forderungen, um die Stimmung in der Bevölkerung zu verunsichern, und sagt dann "Nein", wenn konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen.

Die Bundesregierung hat sich unverzüglich auf die konjunkturellen Folgen der Ölkrise eingestellt und ihre Konjunkturpolitik angepaßt. Lassen wir uns nicht durch Panikmache beirren! Willy Brandt hat den Bürgern dieses Landes in seiner Neujahrsansprache versichert: "Sie können davon ausgehen, daß wir alles tun werden, um im Zusammenwirken mit den freien Kräften Arbeitslosigkeit zu vermeiden und, wo sie doch auftritt, rasch überwinden zu helfen. Ich sage dies gerade auch im Interesse der älteren Arbeiter und Angestellten und im Interesse der mitbetroffenen kleinen Gewerbetreibenden."

Wir werden nicht nur die Energiekrise meistern, sondern den sozialen Ausbau der Bundesrepublik fortsetzen. Eine Politik des Jahres 1966, als die CDU unser Land nach eigener Aussage in eine "gewollte Rezession" trieb, wird sich nicht wiederholen.

Wir haben klargemacht, daß der Energiekrise auch mit langfristigen Maßnahmen begegnet werden muß. Alle in unserem Lande sind aufgerufen, mehr darüber nachzudenken, wo unsere Wirtschaftsordnung verbessert werden muß. Den freien Kräften des Marktes muß überlassen bleiben, was sie zu regeln vermö-

mögen; aber der Staat darf sich nicht drücken, wo er gefordert ist. Wir haben zu handeln, um - über das hinaus, was der Markt schafft - die Struktur unserer Wirtschaft auszubauen. Forschungsaufgaben müssen noch intensiver als bisher gefördert werden. Die Hilfe bei sozialen Härten ist für Sozialdemokraten vorrangig, wie die schnelle Entscheidung für einen Heizölkostenzuschuß gezeigt hat.

Eine Reihe von neuen Aufgaben; doch sachliche Alternativen der Opposition sind bisher nicht zu sehen. Nach ihrem Hamburger Parteitag hatten sich viele Bürger der Illusion hingegeben, daß die CDU ihre Oppositionsrolle in Zukunft in konstruktiver Weise ausfüllen werde. Spätestens die Weihnachts- und Neujahrsoffensive führender Oppositionspolitiker hat diese Illusion zerstört. Statt konstruktiver Vorschläge zur Überwindung der Energiekrise und ihrer Folgeerscheinungen reaktivierten die Herren Stoltenberg, Strauß, Kohl, Carstens und Dregger das von den Konservativen schon immer gern betriebene Geschäft der Angst - allerdings mit einer neuen Variante: In kleinen, aber kräftigen Dosierungen träufelt die Union den Verdacht in die politische Diskussion unseres Landes, daß die SPD sich nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes bewege. Herr Kohl ergeht sich in dumpfen Andeutungen, die SPD sei ein Gegner des Lebensgesetzes unseres Staates - was das auch immer heißen mag. Im Ältestenrat des Bundestages hat die Opposition den Versuch unternommen, eine Debatte über Grundfragen der Verfassung zu erreichen. Der CDU-Vorsitzende - assistiert von Herrn Dregger - hat diesen zu allgemein gehaltenen Vorstoß inzwischen dahingehend präzisiert, daß die CDU/CSU-Fraktion eine EntschlieÙung zur Ablehnung des imperativen Mandats einbringen werde. Vieles deutet darauf hin, daß die Opposition versuchen wird, ein kunterbuntes Sammelsurium von Diskussionsthemen daran anzuhängen, wie z.B. Ostpolitik, Hochschulreform, Rahmenrichtlinien, Wirtschaftsstruktur (die sie mit der Wirtschaftsordnung verwechselt) und manches andere.

Wir Sozialdemokraten machen mit dem von der CDU/CSU zwanzig Jahre lang vernachlässigten Auftrag des Grundgesetzes ernst, die Bundesrepublik "demokratisch und sozial" zu gestalten, und werden dafür von der CDU/CSU der Verfassungsverletzung verdächtigt. Dies ist nur allzu verständlich, nachdem der Hamburger Parteitag der CDU bewiesen hat, wie dürftig ihr Beitrag zur Sozialstaatlichkeit ist. Im 25. Jahr der Bundesrepublik - am 23. Mai 1949 wurde die Verfassung verabschiedet - werden wir wichtige Schritte vorankommen, um das Grundgesetz zu verwirklichen: so durch Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen, durch die Steuerreform, ein neues Bodenrecht, Mitbestimmung, menschlichere Bedingungen am Arbeitsplatz und Reform der beruflichen Bildung. Unseren Bürgern wird damit erneut vor Augen geführt, daß die Opposition nichts zu bieten hat, wenn es gilt, Aufgaben der praktischen Politik zu meistern. (-/4.1.1974/bgy/pr)

+ + +

Im Ölgeschäft ist "Geld gleich Dollar"

Anmerkungen zu den Kurssprüngen der US-Währung

Wenn schon nicht unbedingt die Wirtschaft der Vereinigten Staaten, so geht doch zumindest der Dollar aus den Wirren der Rohölpolitik der Förderländer gestärkt hervor. Die rasante Kurserholung der letzten Tage mag als ein erster Beweis dafür zu werten sein, daß auch das von arabischen Führern als Schwert im Kampf gegen Israel bemühte Rohöl eine zweischneidige Sache ist.

Die drastischen Preiserhöhungen für das Rohöl sind wohl in erster Linie der Grund dafür, daß der Dollar wieder so teuer geworden ist. Denn noch immer wird der Verkauf von Rohöl in US-Dollar abgerechnet. Und mit den Preiserhöhungen wuchs auch der Bedarf an Dollars, die nun in zunehmendem Maße aus jenen Stützpunkten aktiviert werden, in die sie aus Furcht vor einer negativen US-Zahlungsbilanz deportiert worden waren.

Gewiß: Auch die erfreuliche Aufwärtsentwicklung in der amerikanischen Handels- und Zahlungsbilanz hat dazu geführt, daß der Dollar nun höher bewertet wird als im Juli des letzten Jahres, als er den bisherigen Tiefpunkt seiner Taifahrt erreichte. Die Höherbewertung der amerikanischen Währung erleichtert aber nicht nur den arabischen Ölförderstaaten, die notwendigen Investitionen ihrer industriellen Infrastrukturprogramme leichter als bisher bezahlen zu können.

Aber in genau dem gleichen Maße werden die USA, deren Währung nun plötzlich wieder mehr wert ist als vor dem Yom-Kippur-Krieg, in die Lage versetzt, die erhöhten Preise für das Rohöl zu bezahlen. Es ist also nun sehr die Frage, ob die USA tatsächlich noch in dem Maße getroffen

werden, wie das zweifellos beabsichtigt war. Ungleich ärger werden jene Entwicklungsländer getroffen, die ohnehin über geringe Dollarreserven verfügen, mit denen sie nicht nur lebensnotwendige Bedarfsgüter importieren müssen, mit denen sie aber auch das selbst für sie teurer gewordene Rohöl einschließlich der daraus gewonnenen Produkte zu bezahlen haben. Man kann wohl davon ausgehen, daß die zwar großen, aber keineswegs unbeschränkt verfügbaren Dollar-Reserven der Ölförderländer zu kurzfristigen Störungen an der Währungsfront führen. Andererseits bleiben diesem Dollarangebot wichtige Anlagemöglichkeiten beispielsweise in der Bundesrepublik versperrt, seit die Bundesbank nicht mehr verpflichtet ist, angebotene Dollars einzutauschen.

Es ist andererseits unstrittig, daß die Erdölförderländer selbst viel Geld brauchen, um ihre ehrgeizigen Industrialisierungsvorhaben finanzieren zu können. Der noch verbleibende Dollar-Überschuß aber wird ziemlich ziellos um die Welt vagabundieren, ohne daß irgendwer Nutzen davon hätte. Nur: Solange mit astronomischen Rohöl-Preiserhöhungen die Nachfrage nach dieser auch von den Förderländern noch immer akzeptierten Verrechnungseinheit hochgehalten wird, können die Vereinigten Staaten den Konsequenzen dieser Preistreiberei mit großer Gelassenheit entgegensehen. Wenn ohnehin von Tag zu Tag zweifelhafter wird, daß die Frage der Rohölversorgung in nächster Zukunft allenfalls ein Preis-, aber keineswegs ein Mengenproblem bleibt, so ist jener Nutznießer, der über das Geld verfügt. Und Geld bedeutet im Ölgeschäft Dollar. Und von denen haben die Amerikaner, Arabiens "Feind Nummer zwei", wirklich genug...

Theodor Tremmes  
(-/4.1.1974/bgy/pr)

+ + +

Das "Zwei-Milliarden-Ding" von Hamburg

SPD-Landesparteitag befaßt sich mit einzigartigem Stadtplanungs-Projekt

Die Delegierten des Landesparteitages der Hamburger Sozialdemokraten werden an diesem Wochenende ihr umfangreiches Programm für die Bürgerschaftswahl am 3. März verabreden und die Kandidaten aufstellen. Ein nicht geringes Pensum. Im Mittelpunkt ihres Kongresses wird aber ein Thema stehen, dessen Dimensionen weit über den Rahmen einer Landtagswahl hinausreichen. Es geht um ein "Zwei-Milliarden-Ding", um das gewaltige, für die Bundesrepublik und vielleicht ganz Europa einzigartige Bauprojekt Billwerder-Allermöhe, das derzeit zwischen den südöstlichen Hamburger Vororten Allermöhe und Bergedorf, wo sich heute nasse Wiesen breiten und im Sommer Kühe grasen, 70.000 Menschen in vorbildlich gestalteter Umgebung Wohnung bieten soll.

Die oppositionelle CDU der Hansestadt lehnt das Vorhaben rundheraus ab, weil es sich um eine "Stadt aus der Retorte" handle, mit der die beträchtliche Abwanderung des dynamischen sozialen Mittelstandes nicht gestoppt werden könne, die vielmehr die notwendige Sanierung bestimmter Altstadtviertel verhindere. Der Union ist aber auch ein Dorn im Auge, daß als Bauträger die gewerkschaftseigene "Neue Heimat Nord" vorgesehen ist. Der Landesvorstand des Koalitionspartners FDP möchte die Entscheidung auf die Zeit nach der Wahl verschoben wissen, um nicht in Terminzwang zu geraten. Manche sagen freilich auch, daß die Liberalen den Sozialdemokraten einen Wahlschlagern mißgönnten.

In der SPD des Stadtstaates selbst ist Billwerder-Allermöhe allerdings auch nichts weniger als unumstritten. Der Landesvorstand meint in einem Antrag an den Parteitag, "daß eine prinzipielle Entscheidung für das Projekt Billwerder-Allermöhe auf der Basis des jetzt vorliegenden Programmplans politisch notwendig und sinnvoll ist". Einflußreiche Kreisverbände wollen dagegen die Entscheidung aufschieben und erst noch einmal alle Details der Planung des Kolossalwerkes überprüfen. Der Kreis Wandsbek beantragte gar, sich auf dem Parteitag mit dem Vorhaben überhaupt nicht zu befassen. Es sind dabei unter den Sozialdemokraten nicht allein finanzielle Bedenken gegen Billwerder-Allermöhe vorhanden. Obwohl sich Senat wie Parteispitze für eine vielfältige Sozial- und Altersstruktur der geplanten Stadt nachdrücklich aussprechen, besteht an der Basis doch auch die Befürchtung, daß das Projekt zu einem Getto der sozialen Aufsteiger werden könne.

Eine Tatsache ist, daß es dem Senat nicht zuletzt darauf ankommt, die

beträchtliche Abwanderung der dynamischen sozialen Mittelschicht aus der Hansestadt zu stoppen. Viele dieser "Aufsteiger" verlassen Hamburg wegen seiner enormen Wohnungs- und Grundstückspreise und siedeln sich jenseits seiner Grenzen im Niedersächsischen oder Schleswig-Holsteinischen an.

Der Grund, auf dem die projektierte Trabantenstadt einmal stehen soll, gehört zu 90 vH. dem Stadtstaat. Der Planungsgewinn soll dem Vorhaben zufließen. Durch Verkauf des Eigentumsrechts auf Erbbaubasis an den Bauherrn (250 bis 400 DM je Quadratmeter), sieht man sich in die Lage versetzt, fast das ganze Baugelände ohne Steuermittel erschließen zu können. Nach einem Finanzierungsplan, den die "Neue Heimat Nord" dem Senat vorlegte, betragen die Baukosten insgesamt rund zwei Milliarden DM, die bis 1995 aufzubringen wären und von denen der Stadtstaat nur rund 800 Millionen selbst zu tragen hätte.

Nach den Visionen seiner Apologeten müßte es sich in Billwerder-Allermöhe fast traumhaft leben lassen: in großen Wohnungen und schicken Häusern, umgeben von idyllischem Grün und sauberem Fließchen, geschützt gegen Verkehrslärm, aber mit guten Verbindungen zur City, außerhalb der bedrückenden Enge vieler alter Stadtviertel und doch nicht im kleinkarierten Siedlungsstil. Andere sozialdemokratisch engagierte Städteplaner sehen dagegen vor allem ein "Mittelstands-Getto" entstehen, eine Kolonie der Schickeria, und also kaum ein Platz für Familien, die die teuren Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt nicht erschwingen können.

Andererseits ist man sich wiederum einig, daß es auch nicht zu verantworten wäre, ein Sozial-Getto, Slums von morgen, zu errichten. In Billwerder-Allermöhe verdichten sich alle Probleme moderner Stadtplanung und Städtebaupolitik, aber auch ihre Chancen.

Claus Preller  
(-/4.1.1974/bgy/pr)

Hören und Sehen kostet jetzt 10,50 DM

---

Eine notwendig kritische Nachlese zur Gebührendebatte

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Nachdem der Düsseldorfer Landtag den Staatsvertrag über die Rundfunkgebühren gebilligt hat, konnte die Erhöhung von 8,50 auf 10,50 DM zum Jahresbeginn in Kraft treten. Es gibt niemanden, der über den höheren Preis für das gleiche Angebot glücklich wäre, aber die Abneigung hält sich in Grenzen, wenn man zum Beispiel die Preise für Zeitungen und Zeitschriften vergleicht.

Dennoch hat der Gesetzgebungsweg durch die Landtage auch seine problematischen Seiten gehabt. In der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft etwa wurde rein zufällig gleichzeitig ein Horrorpapier erarbeitet, das die Zahl der monatlichen Auftritte von Chefredakteuren in Fernsehmagazinen zu regulieren sich anschickte. Landtagsabgeordnete entwarfen detaillierte Vorschläge für politische Programme, was sie, wenn überhaupt, besser den Rundfunkräten überlassen hätten.

Die Frage nach der Wirtschaftlichkeit unserer Rundfunkanstalten ist legitim, sobald Preiserhöhungen anstehen. Auch hier walten Vorteile, wenn mit Stargagen operiert wird, die doch in Wirklichkeit voll transparent sind. Jeder Star hat seinen Marktpreis, über den der Zuschauer an der Theaterkasse entscheidet, und kein Darsteller wird die Chance des Bildschirms auslassen, wenn er nicht bessere Angebote in der Hinterhand hat.

Die Anstalten könnten es sich leichter machen, wenn sie ihre berechtigten Wünsche vorbringen müssen. Ihre Hinweise auf Zahlenwerke und Wirtschaftspläne werden von den Abgeordneten häufig als vordergründig empfunden und nähren den schädlichen Eifer, in die Details der Programmgestaltung einzudringen. Die Millionenblöcke rein summarisch ausgewiesener Personalausgaben in den Ertrags- und Aufwandsrechnungen der Rundfunkanstalten sind für Abgeordnete ein Ärgernis. Jeder Bundes- und Landeshaushaltsplan weist exakte Stellenpläne aus, die über Veränderungen Aufschluß geben und überhaupt



die Basis der Etatkritik sind. Die Eingeweihten mögen darüber den Kopf schütteln, wenn ein Abgeordneter für das Intendantengehalt Interesse zeigt, aber es ist sein Recht. Wird es versteckt, macht man ihn unnötig mißtrauisch. Unsere Ministergehälter kann auch jeder nachlesen.

Über die Zahl der Rundfunkanstalten darf man in den Landtagen nicht klagen, denn alle beruhen auf Landesgesetzen. Ob sich freilich nicht gelegentlich Intendanten rein in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger dazu äußern könnten, steht auf einem anderen Blatt. In jedem Falle sind dem Programmaustausch keine Grenzen gesetzt wie auch der mühevollen Prozeß der ARD-Willensbildung durch permanente Konferenzen hochrangiger Funktionsträger die Betroffenen von selbst auf Rationalisierung sinnlich lassen sollte. Würde das Itinerar eines Intendanten einmal im ARD-Handbuch veröffentlicht, wäre man an die Verfassung des Heiligen Römischen Reiches erinnert, das Pufendorf "monstro simile" genannt hatte.

Künftig entfällt nun das fast ebenso mittelalterliche Einzugsverfahren der Gebühr durch den Briefträger an der Haustür. Die Anstalten bauen in Köln-Bocklemünd eine Einzugszentrale auf, die mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung dies relativ unkomplizierte Geschäft modernisieren wird. Da für alle der Preis der Ware stets gleichbleibend ist, wird die Hauptarbeit bei An- und Abmeldungen sowie bei den Mahnungen liegen.

Die Rundfunkanstalten sehen der Vereinfachung wegen einen vierteljährlichen Einzug vor. Nicht zu Unrecht gab es in einigen Landtagen Debatten, ob dies nicht für Empfänger niedriger Einkommen ungerecht sei. In der Tat liegt hier für etliche Gerätebesitzer eine Verschlechterung. Wer seine Gebühren im voraus zahlt, sollte einen Anspruch auf Rabatt haben, denn der Zinsgewinn darf nicht ausschließlich bei den Anstalten liegen. Auch die Kraftfahrzeugsteuer ermäßigt sich fühlbar, wenn der Autobesitzer sie jährlich entrichtet.

Nach Untersuchungen der Bundespost lassen sich die Verwaltungskosten bei vierteljährlicher Einziehung um 36 vH., bei halbjährlicher um 48 vH. und bei jährlicher Einziehung um 54 vH. ermäßigen. Diese Form der Rationalisierung durch den Anreiz, die Gebühren längerfristig voraus zu überweisen und dabei finanziell belohnt zu werden, ist von ARD und ZDF bisher nicht vorgesehen. Dabei werden Daueraufträge künftig auch bei der Post gebührenpflichtig. Die Anstalten sollten ihren Kunden die Wahl zwischen verschiedenen Modalitäten der Zahlung schleunigst anbieten, sonst werden sie bei der nächsten Gebührenerhöhung wieder auf eine Front des Unmuts und der Vorurteile stoßen.

(-/4.1.1974/bgy/pr)